

Trumps epochaler Kurswechsel

Der grosse Graben

von Thorsten Polleit, Währungsspezialist, Frankfurt am Main

Die Vereinigten Staaten von Amerika vollziehen unter der Präsidentschaft von Donald J. Trump einen epochalen Kurswechsel.



Anders als seine Vorgänger Bill Clinton, George W. Bush und Barack Obama hat Trump keine Bestrebungen, eine neue Weltordnung zu errichten und dazu auf einen aggressiven militärischen Interventionismus zu setzen. Er will vielmehr den aufgeblähten Staat («Deep State») zurückdrängen, das aus dem Ruder geratene amerikanische Machtzentrum in Washington zur Räson bringen («Dry The Swamp») und die eigenen Aussengrenzen kontrollieren. All das mit dem Ziel, den wirtschaftlichen Wohlstand der Amerikaner zu erhöhen und für Sicherheit im eigenen Land zu sorgen («America First»).

Anders als seine Vorgänger Bill Clinton, George W. Bush und Barack Obama hat Trump keine Bestrebungen, eine neue Weltordnung zu errichten und dazu auf einen aggressiven militärischen Interventionismus zu setzen. Er will vielmehr den aufgeblähten Staat («Deep State») zurückdrängen, das aus dem Ruder geratene amerikanische Machtzentrum in Washington zur Räson bringen («Dry The Swamp») und die eigenen Aussengrenzen kontrollieren. All das mit dem Ziel, den wirtschaftlichen Wohlstand der Amerikaner zu erhöhen und für Sicherheit im eigenen Land zu sorgen («America First»).

Kampfansage an die Globalisten

Trumps Agenda ist damit eine Kampfansage an die «politischen Globalisten», an ihre ideologisierten Anhänger und ihre opportunistischen Nutzniesser. Sie alle haben bislang profitabel auf einer Ideologiewelle gesurft: Die Schaffung einer Weltregierung sei unumgänglich, um die globalen Probleme zu lösen. Ob Wirtschaftskrisen, Klimawandel oder Völkerwanderung: Überall brauche es mehr Staat und zentralisierte Entscheidungsstrukturen. Trump hingegen will den Spurt in die Verstaatlichung von Wirtschaft und Gesellschaft stoppen und umkehren.

Und Europa?

Wer gedacht hat, die amerikanische Zeitenwende würde auch in Europa Fuss fassen, sieht sich auf den ersten Blick getäuscht. Nach dem Motto «Der Feind vereint» rücken die Befürworter der europäischen Integration, die einen europäischen Superstaat aus der Taufe heben wollen, jetzt enger zusammen. Amerikas Kurswechsel spornt sie an, noch aggressiver als bisher voranzuschreiten.

So scheint die deutsche Bundesregierung unter Kanzlerin Angela Merkel allen Ernstes bereit zu sein, einen «Europäischen Währungsfonds» zu schaffen, um das Verschuldungsproblem von Staaten und Banken im Euroraum zu «lösen». Eigentlich ist das ein unnötiges Arrangement, wurde doch die Schulden-Vergemeinschaftung schon längst durch den «Europäischen Stabilitätsmechanismus» via Hintertür eingeführt. Vor allem aber monetisiert die Europäische Zentralbank (EZB) die Schulden der Staaten und Banken im ganz grossen Stil. Und nur weil die EZB immer mehr Geld druckt, um strauchelnde Staaten und Banken über Wasser zu halten, gibt es den Euro überhaupt noch.

Geldpolitische Trickserei

Mit dem Vermehren der Euro-Geldmenge lässt sich zwar der Bankrott des Euro-Projektes vor der Öffentlichkeit verschleiern. Die Bürger werden diese geldpolitische Trickserei jedoch mit einem empfindlichen Wohlstandsverlust bezahlen müssen. Denn wirtschaftliches Fortkommen braucht Freiheit, Wettbewerb und das Schaffen von Eigentum sowie seinen Schutz durch das Recht.

Ostblockstaaten scheren aus

Ein grosser Graben öffnet sich also zwischen den Vereinigten Staaten und Europa. Doch auch innerhalb der EU bröckelt die Einigkeit. Es sind die ehemaligen Ostblockstaaten, die zusehends erkennen, dass die EU sich in die falsche Richtung entwickelt und ihren hart errungenen Wohlstand in Gefahr bringt. Nicht zuletzt durch die Aussen-, beziehungsweise Einwanderungspolitik der EU, die von Berlin den übrigen Ländern de facto aufgezwungen wird.

Doch für die Osteuropäer ist insbesondere die Kontrolle der eigenen Landesgrenzen ein entscheidendes Souveränitätselement. Verständlich, dass sie mittlerweile in Trumps Amerika – und nicht mehr so sehr in der EU – den natürlichen Kooperationspartner sehen.

Die amerikanische Zeitenwende scheint also doch in Europa angekommen zu sein, und zwar in den kleineren Staaten Osteuropas. Das Machtgefüge der EU gerät dadurch nach dem «Brexit» weiter aus der Balance.

Die «Unwucht» innerhalb der EU wird sie auf die Dauer vermutlich spalten – es sei denn, es kommt zu einer Kehrtwende in ihrem bisherigen Entwicklungsprozess: In der neuen Ära der «Trump Doktrin» gibt es keinen ideologischen Nährboden mehr für supranationale Politik-Experimente. Die EU steht vor viel grösseren Umwälzungen, als es den meisten Kommentatoren derzeit bewusst ist.

Thorsten Polleit

Churz & Bündig

Bei den äusserst gewalttätigen, bürgerkriegsähnlichen Strassenschlachten in Hamburg waren viele Chaoten aus der Schweiz – namentlich aus der Berner Reitschule – aktiv beteiligt. Auch sie können sich im grenzenlosen Schengenraum frei bewegen. Zudem geniessen die Chaoten den Segen von Rot-Grün. Welch ein Fortschritt!

hf